

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/008(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Freitag, 19.11.2004	Konferenzraum Neues Rathaus	13:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 **Beschlussvorlagen**
 - 3.1 Haushaltplan 2005 DS0639/04
 - Haushaltssatzung 2005
 - Finanzplan bis 2008
 - Stellenplan 2005
 - 3.2 Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2008 DS0768/04
Einbringung der DS0639/04 und DS0768/04 durch den BG II, Herrn Czogalla
 - 3.3 Anträge und Änderungsanträge zum Haushalt
- 4 **Beratung der Einzelpläne, der Budgets und der Änderungsanträge**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Bromberg, Hans-Dieter

Mitglieder des Gremiums

Franke, Holger

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Schindehütte, Gunter

Stern, Reinhard

Westphal, Alfred

Wübbenhorst, Beate

Vertreter

Brüning, Hans-Werner

Verwaltung

Herr Zimmermann, FB1 02

Frau Bromberg, FB 02

Herr Nieper, FB 02

Frau Bannier, FB 02

Frau Wolnewitsch, FB 02

Frau Kuhnhold, FB 02

Frau Neuberg, Dez. II

Herr Hartung, Dez. II/02

Frau Jürgens, FB 02

Frau Heidel, FB 02

Frau Trautwein, FB 02

Frau Behrends, FB 02

Frau Braun, FB 02

Herr Koch, FB 02

Frau Kobow, FB 03

Herr Lochau, FB 03

Herr O'Gilvie, Al 66

Herr Dr. Peters, Al 61

Herr Dr. Scheidemann, Al 68

Herr Janel, Al 65

Frau Klein, Amt 60

Frau Albrecht, Amt 60

Herr Neumann, Al 62

Herr Radike, FB 01

Frau Berlin, FB 01

Frau Gren, Dez. I

Frau Borris, Al 50

Frau Ulvolden, Amt 51

Herr Wagner, Al 13

Gäste

Herr Krull, CDU Ratsfraktion

Frau Triepel, Azubi

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Bromberg** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Es sind 9 Stadträte anwesend.

Stadträtin Kriese fehlt entschuldigt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Folgende Unterlagen werden als Tischvorlage ausgereicht:

- Änderungsliste Vermögenshaushalt
- Änderungsliste Verwaltungshaushalt
- Übersicht Personalentwicklung
- Bisher vorliegende Änderungsanträge der Fraktionen mit Deckblatt

In der Haushaltsberatung werden weitere Änderungsanträge der CDU den Stadträten und der Verwaltung übergeben (ÄA0545 bis 0563).

Der Tagesordnung wird mit: 9 – 0 – 0 zugestimmt.

3. Beschlussvorlagen

3.1. Haushaltplan 2005 DS0639/04

- Haushaltssatzung 2005
- Finanzplan bis 2008
- Stellenplan 2005

3.2. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2008 DS0768/04

Herr Czogalla bringt den Haushaltsplanentwurf 2005 (DS 0639/04) und die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2008 (DS0768/04) ein. Er weist auf die Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Planes aufgrund der defizitären Haushaltslage und auf die Wichtigkeit des Haushaltskonsolidierungskonzeptes hin. Wesentliche Änderungen im Verwaltungshaushalt sind auf Strukturanpassungen im Sozialhaushalt durch die Umsetzung von Hartz IV und die Übergabe von Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers an die im Juli 2004 errichtete Sozialagentur in Halle zurückzuführen. Im Vermögenshaushalt liegt den Stadträten eine Änderungsliste zur Investitionsprioritätenliste vor. Dies ergibt sich aus Änderungen der Einnahmen und Ausgabensituation verschiedener Vorhaben, welche Einfluss auf den Kreditbedarf haben. Allerdings bleiben die Prioritäten davon unberührt.

Herr Czogalla schätzt weiterhin ein, dass der vorliegende Haushaltsplan ein erster Schritt zur Wiedererlangung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt ist. Es ist Ziel, den Haushalt für das Jahr 2008 erstmals wieder ausgeglichen aufzustellen und bis zum Jahr 2012 das strukturelle Defizit abzubauen. Diese Entwicklung ist in der Anlage 3 der DS0639/04 abgebildet, die die perspektivische Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben aufzeigt.

Im Jahr 2005 sind die Einnahmen deutlich kleiner als die Ausgaben. Die Einnahmeentwicklung ist besonders von den Schlüsselzuweisungen abhängig. Die Mehreinnahmen aus Erstattungen vom Land sind in erster Linie auf die Auswirkungen von „Hartz IV“ zurückzuführen. Bei den Ausgaben sind die Personalkosten der größte Faktor. Diese werden durch Strukturveränderungen und das Wirken von personalwirtschaftlichen Maßnahmen gesenkt. Die Sozialausgaben hingegen werden durch die Einführung des SGB II und Hartz IV ansteigen.

Ziel der Landeshauptstadt Magdeburg muss es sein, den Schuldendienst zu minimieren, d.h. für 2006 und 2007 die Neuverschuldung auf 0 zu senken. Das bedeutet, dass die Investitionen im Vermögenshaushalt bis 2008 deutlich sinken.

Die Abstimmung zur Fortschreibung des HK bis 2008 und zum Haushaltsplan 2005 muss vorbehaltlich der Stadtratsbeschlüsse am 02.12.2004 zu nachfolgend aufgeführten Drucksachen erfolgen:

- DS0748/04 „Magdeburg 12hundert“
- DS0749/04 „Sachsen – Anhalt – Tag
- DS0757/04 „Entgeldordnung Bäder“
- DS0774/04 „Zweitwohnungssteuer“

3.3. Anträge und Änderungsanträge zum Haushalt

Die Stadträte verständigen sich, dass die Änderungsanträge innerhalb des Tagesordnungspunktes 4 beraten werden. Im Anschluss erfolgt die entsprechende Beschlussfassung.

4. Beratung der Einzelpläne, der Budgets und der Änderungsanträge

Dezernat V - Budget 5, Einzelpläne 0, 1, 4 und 5, DKSOZ

Frau Bröcker erläutert einige Schwerpunkte. Der Verwaltungshaushalt wird sich kurzfristig ändern und zwar werden Einnahmen und Ausgaben um 29,9 Mio. EUR sinken, da die Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers durch die Sozialagentur in Halle wahrgenommen wird. Diese Haushaltsmittel wurden vorsichtshalber angemeldet und entfallen aufgrund der neuen Struktur. Für das Amt 50 wird das Budget eingehalten. Die pauschalen Zuschüsse vom Land sind allerdings bisher nicht angepasst worden.

Im Jugendamt werden höhere Bewirtschaftungskosten durch KGM ausgewiesen. „Offen“ ist zur Zeit noch das Feststellenprogramm des Landes mit einem Anteil von 360.000,- EUR.

Im Gesundheitsamt und dem Bereich Arbeitsmarktpolitik gibt es keine Änderungen.

Im Vermögenshaushalt sind der Umbau von 6 Kindertageseinrichtungen und der integrativen Kita in der Weitlingstraße geplant.

Beim Personal wurden von 2002 (1550 Stellen) bis 2004 (862 Stellen) insgesamt 688 Stellen abgebaut. Dies erfolgte durch Kita Übertragungen und Ausgliederung verschiedener Leistungen (z.B. Reinigungsleistungen).

Zum Haushaltskonsolidierungsprogramm macht **Frau Bröcker** folgende Angaben:

- Maßnahme 9, die Auflösung des Versicherungsamtes ist erfolgt
- Maßnahme 25a, die Überarbeitung der Kita Planung ist zum Teil realisiert, es erfolgt die Überarbeitung der Kita Satzung, speziell der Elternbeiträge, die Übertragung von Kita´s wird 2005 abgeschlossen sein
- Maßnahme 27, die Konsolidierung ist erfolgt, das Einsparpotential wurde erreicht
- Maßnahme 28, die Konsolidierung erfolgt im Januar 2005
- Maßnahme 51, Kürzungen im Jugendhilfebereich sind möglich durch die Übertragung des Kinderheimes „Erich-Weinert“ an eine evangelische Stiftung

Herr Brüning: Da die Stabsstelle Arbeitsmarktpolitik dem Sozialamt zugeordnet wird und die Stelle des Leiters zum Januar nicht mehr besetzt wird, stellt sich die Frage, ob die Stabsstelle ihre Leistungsfähigkeit behält.

Frau Bröcker: Die Stabsstelle wird mit der Abteilung Hilfe zur Arbeit zusammengelegt, so dass in Kürze eine Abteilungsleiterin zur Verfügung steht. Außerdem erfolgt eine fachliche Begleitung durch die ARGE GmbH.

Herr Dr. Trümper: Die im Haushalt eingestellten Mittel sind der politische Wille und die Umsetzung der neuen Struktur wird garantiert.

Anschließend wird über die HKK – Maßnahme 26 diskutiert.

Frau Bröcker führt aus, dass diese Einsparungen nicht im geplanten Maß erfolgen. Dies liegt u.a. an den geringer verhandelten Pauschalen.

Herr Stern: Könnte sich das Volksbegehren auswirken?

Frau Bröcker: Es würde zu einer zusätzlichen Belastung von bis zu 4 Mio. EUR führen.

Herr Dr. Trümper: Die Reduzierungen auf der Basis der Pauschalen aus 2002 ist erreicht. Allerdings ist es nicht möglich, dass die freien Träger 5% selbst erwirtschaften.

Herr Stern: Es wird aufgrund von Hartz IV mit einer Einsparung von 13 Mio. EUR gerechnet. Wie sicher ist das?

Frau Bröcker: Für derzeit rund 19.000 Arbeitslosenhilfeempfänger steht u.a. 42 Mio. EUR „Tabellenwohngeld“ bereit. Wie viele keinen Antrag mehr stellen ist nur eine grobe Kalkulation.

Herr Dr. Trümper: Wie ist der aktuelle Antragsstand?

Frau Borris: Insgesamt liegen derzeit 16.000 gestellte Anträge zu Hartz IV vor.

Dezernat III – Budget 3, Einzelplan 7

Herr Dr. Puchta sieht als wesentliche Aufgaben des Dezernates III, das Standortmarketing weiter voranzutreiben sowie der Weiterführung der Verbesserung der touristischen Infrastruktur, wie Petriförder, Haus der Romanik und anderer investiver Vorhaben.

Herr Westphal: Das Dezernat III wurde vor 2 Jahren gegründet. Was haben wir dadurch an Mehreinnahmen (durch Neuansiedlung von Gewerbe) sowie weniger Ausgaben (z.B. weniger Sozialhilfezahlungen durch Schaffung neuer Arbeitsplätze) erreicht

Herr Dr. Trümper: Dies ist nicht darstellbar.

Herr Dr. Puchta: Da man nicht weiß welcher Betrieb wann und wo seine Steuern bezahlt ist dies schwer ermittelbar.

Herr Brüning möchte wissen welche Effekte die Investitionen bringen.

Herr Stern: Wichtig ist sich weiterhin auf Messen zu präsentieren.

Herr Dr. Trümper: Die Frage was bringt eine Messebeteiligung kann so nicht gestellt werden. Wir sind gemeinsam mit dem Land und der Region vertreten. Man muss einfach anwesend sein, auch wenn daraus keine konkreten Geschäfte entstehen.

Herr Dr. Puchta antwortet auf die Frage von Herrn Stern zur Steigerung der Ausgaben, dass dies vorsorgliche Planungen für den weiteren Ausbau des Touristenleitsystems sind.

Dezernat IV – Budget 4, 7, 9, Einzelpläne 2, 3, 4, und 5

Herr Dr. Koch: Im Theaterbereich werden die Budgetvorgaben trotz aller Schwierigkeiten eingehalten. Zur Zeit ist eine Drucksache in Vorbereitung.

Herr Westphal: Wie kommt die innere Verrechnung zwischen TdL und KGM in Höhe von 91.000,- EUR zu Stande und wo befand sich diese Summe vorher?

Herr Westphal und **Frau Meinecke** stellen Fragen zur inneren Verrechnung.

Herr Westphal: Wie ist der Stand bei der GmbH Gründung des ZOO's sowie bei der Rechtsformänderung des Amtes 41?

Herr Dr. Koch: Die Drucksache zur GmbH Gründung des ZOO's ist erarbeitet. Allerdings liegen der Wirtschaftlichkeitsvergleich und die Genehmigung des LVwA noch nicht vor. Die Vorlage der DS erfolgt Anfang 2005 unter Einbeziehung der Gruson - Gewächshäuser.

Das Telemaneuum soll als Leitmusikschule entstehen, so dass dann eine zusätzliche Förderung durch das Ministerium gegeben ist.

Herr Stern: Wann wird eine Drucksache zum PPP – Modell vorgelegt, mit Nennung dafür vorgesehener Schulen?

Herr Dr. Koch: Das Gesamtvolumen wird hierzu mit 80 Mio. EUR beziffert. Es bietet sich die einmalige Chance, geschlossene Schulen als Ausweichquartiere während der „PPP – Sanierung“ in Anspruch nehmen zu können.

Herr Dr. Trümper: Das KGM wurde beauftragt Kostenschätzungen für 22 Schulen vorzulegen. Das ist gemacht worden. Es muss nun geprüft werden, ob eine normale Ausschreibung oder die Inanspruchnahme des PPP – Programms günstiger ist.

Vor 2006 werden die Sanierungsmaßnahmen nicht beginnen können. Wenn durch „PPP“ saniert wird, sind die Mietraten in den Haushalt einzustellen. Bisher ist nichts veranschlagt. Es wird dann ein Aufwuchs der Mietraten nach Baufortschritt in den einzelnen Jahren erfolgen. Wird der „normale Weg“ beschritten, muss auch die Haushaltsveranschlagung erfolgen. Die Ausschreibung für die „PPP“ – Partner läuft jetzt an, die Prüfung der Ausschreibungsergebnisse erfolgt dann Anfang 2005.

Herr Brüning und **Herr Schindehütte** stellen Fragen zu den Vorhaben BBS III, SKS Zetkin, Müntzer und Naumann sowie zur Sporthalle Zielitzer Straße.

Die Benennung der Sonderschulen wird redaktionell überarbeitet gemäß Hinweis von **Herrn Schindehütte**

Herr Meinecke: Die Ausführung des PPP – Modells ist in Ordnung, allerdings sollte dem Stadtrat das Ausschreibungsmodell vorgelegt werden.

Herr Dr. Trümper: Der Leitfaden zum PPP – Modell liegt auf CD vor und kann gerne zur Verfügung gestellt werden.

Zum ÄA0552/04 der CDU: „Aufwertung der Mittel für Schulsanierung“

Frau Meinecke: Wie kommt es zur Nennung von 2,5 Mio. EUR im ÄA0552/04?

Herr Stern: Da in vielen Schulen dringend die Sanitäreinrichtungen sowie Fenster erneuert werden müssen, ist eine Erhöhung der Mittel für Schulsanierung nötig. Er will dazu auch die Erhöhung des Kreditrahmens nicht ausschließen

Herr Dr. Trümper: Es ist keine Grundlage für die Planung vorhanden. Eine Einstellung für 2005 ist nicht möglich. (siehe SR – Beschluss zur Einstellung von Investitionen in den Haushalt DS0107/02)

Herr Stern: Dann nehmen wir eben Maßnahmen unter 500.000,- EUR.

Herr Dr. Koch: Das PPP – Modell ist eine Möglichkeit etwas zu erreichen, was sonst nicht realisierbar ist. Ein früherer Beginn von Sanierungen wäre auf normalem Wege auch nicht machbar.

Herr Schindehütte: Warum ist die Therapiehalle für die SOS Kükelhaus nicht mehr im Plan enthalten, obwohl dies vom Stadtrat beschlossen war? (siehe ÄA0551/04 der CDU „Therapiehalle SOS Kükelhaus – Wiedereinstellung in den HH)

Herr Stern kritisiert, dass der Beschluss des Stadtrates nicht umgesetzt wird.

Herr Dr. Trümper: Die Planung für die Therapiehalle der SOS Kükelhaus ist beschlossen. Es muss innerhalb „PPP“ realisiert werden. Abschließend verweist der OB auf die 20 Mio. EUR für Schulsanierungen.

Herr Stern fragt nach dem Stand der HKK Maßnahme Nr. 49, Theaterstruktur.

Herr Dr. Koch: Am kommenden Dienstag wird die entsprechende Drucksache zu den strukturellen Veränderungen der Theater dem OB vorgelegt.

Herr Dr. Trümper: Hier geht es vorrangig um Stellenkürzungen.

Herr Bromberg verweist auf den ÄA0639/04/1.

Frau Meinecke: In Bezug auf die vorgelegte Drucksache zum Theater, die schon im Kulturausschuss beraten wurde stellt sich die Frage, ob das Theater seine Aufgaben noch leisten kann?

Herr Dr. Trümper: Die Entscheidungen hat der Intendant gefällt. Betriebsbedingte Kündigungen müssen nicht dem Stadtrat vorgelegt werden, dies ist Verwaltungshandeln.

Zu Fragen von **Herrn Stern** zum Literaturhaus und **Herrn Schindehütte** zum Sportgymnasium und zu den IZBB – Mitteln macht **Herr Dr. Koch** Ausführungen.

Herr Stern bittet zur Haushaltsberatung im Stadtrat um Vorlage der Liste des Kulturausschusses, in der Einrichtungen empfohlen werden.

Herr Bromberg stellt klar, dass die Entscheidung dazu der Finanzausschuss fällen muss.

Herr Brüning möchte eine Liste über die Vereine, die Zuschüsse erhalten und ihren Beitrag zu Magdeburg 12hundert und dem Sachsen – Anhalt – Tag leisten.

Herr Bromberg verweist auf die ÄA0544/04 der CDU zur Aufstockung der Mittel für das Puppentheater und die DS0748/04 - Deckelung der Ausgabemittel für Magdeburg 12hundert.

Herr Schindehütte verweist auf den ÄA0545/04 - Sicherung des fotografischen Gedächtnisses des Stadtarchivs. Es geht hier um die Beschaffung der notwendigen Technik, nicht Personal.

Frau Meinecke: Das Stadtarchiv hat gravierende Probleme. Es muss eine generelle Lösung für die Erhaltung des Archivs gefunden werden.

Herr Dr. Trümper: Selbstverständlich muss die Arbeit des Archivs gesichert sein. Die erforderlichen Mittel sind im Rahmen des Budgets 4 zur Verfügung zu stellen.

Amt 13 – Budget 0, Einzelplan 0 und FB 03 – Budget 03; Einzelplan 0

Herr Wagner: Es ergibt sich im Budget 0 im kommenden Jahr ein Mehrbedarf von 10.400,- EUR, vor allem durch zusätzliche Veranstaltungen anlässlich „Magdeburg 12hundert“. Außerdem gehen durch innere Verrechnung Bewirtschaftungskosten an das KGM.

Frau Meinecke: Auf welcher Grundlage wird den Ämtern etwas berechnet von KGM? Beim Theater wurden schon 91.000,- EUR verrechnet, obwohl das Theater nicht von KGM bewirtschaftet wird.

Herr Westphal: Das KGM wurde gebildet um zu sparen. Gibt es eine Vergleichsliste, was haben verschiedene Leistung vorher gekostet und was kosten sie jetzt?

Herr Zimmermann: Das KGM wurde zum 01.01.2003 gegründet. Hierzu erfolgte die Umverteilung der Haushaltsmittel, ohne dass ein Aufwuchs zu verzeichnen war. Einnahmen und Ausgaben kompensieren sich zu 100%, außer den eigenen Sachkosten für KGM. Die Kosten- und Leistungsberechnung die durch das KGM für die Ämter erbracht werden, können noch nicht vollständig erfasst werden. Die 91.000,- EUR für Kammer und Theater sind durch die Beseitigung des Brandschadens und durch Versicherungsleistungen entstanden. Aus der Erfahrung 2003 ist die Veranschlagung für 2005 erfolgt.

Frau Meinecke: Das „Nullsummenspiel“ zwischen Einnahmen und Ausgaben beim KGM stimmt aber nicht, es ergibt sich eine Differenz von 1,6 Mio. EUR.

Herr Zimmermann: Hier handelt es sich um Selbstbefassungskosten, z.B. eigene Mieten, Stromkosten u.ä., des KGM.

Frau Meinecke: Wie gestaltet sich die Vertragssituation?

Frau Kobow: Nutzungsvereinbarungen wurden bis jetzt noch keine abgeschlossen. Zur Umsetzung müssen auch die Erfahrungswerte der hausverwaltenden Ämter mit einfließen, so dass Richtwerte für die Vertragsgestaltung festgelegt werden können. Außerdem müssen verschiedene Unterlagen berücksichtigt werden, wie z.B. das Schulentwicklungskonzept, Kitaübertragungen usw.

Frau Kobow betont, dass sich alles noch im Aufbau befindet und sich die Umsetzung der Ziele schwierig gestaltet.

Herr Meinecke hält die Kostenzuordnung zu den Ämtern für sinnvoll und stellt fest, dass es keine Einsparungen gibt.

Herr Stern: Wie ist die Unterhaltung der Grundstücke und baulicher Anlagen im Jahr 2010 bei Einführung der Doppik darzustellen?

Herr Zimmermann: Mit den Vorbereitungen zur Einführung der Doppik wird ab dem 01.01.2005 begonnen und selbstverständlich findet dies dann Berücksichtigung.

Dezernat I - Budget 1, Einzelpläne 0, 1, 7, PKABM, DKABM, DKPK4

Herr Platz erläutert anhand des den Stadträten übergebenen Materials die Entwicklung der Personalkosten.

Herr Platz antwortet auf Nachfrage von **Herrn Westphal**: Im FB 01 sind derzeit 109 Beschäftigte, wobei vor Zusammenlegung des Personal- und Hauptamtes insgesamt 122 Personen in beiden Ämtern beschäftigt waren.

Herr Nieper: Die Zusammenlegung ist im HKK untersetzt.

Herr Stern: Gibt es auf Grund der Inanspruchnahme personalwirtschaftlicher Maßnahmen Engpässe oder Einschränkungen bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen?

Herr Platz: Es sind mir keine akuten Probleme bekannt, die sicher aber in Einzelfällen auftreten könnten. Da perspektivisch 200 Stellen bis 2009 schrittweise abgebaut werden sollen, z.B. durch weitere Zusammenlegungen verschiedener Ämter, müssen die Ämter diesen Prozess aktiv mitgestalten, um die personalwirtschaftlichen Maßnahmen ohne Nachteile zu realisieren.

Herr Stern nennt als Beispiel die Bescheide zu Straßenausbaubeiträgen, die seines Wissens nach zu spät erlassen werden.

Herr Dr. Trümper äußert, dass kein Geld verloren geht bei der Erhebung der Beiträge.

Herr Stern fragt nach der Einsparung von „Querschnittspersonal“ durch die Kitaübertragungen (z.B. für die Berechnung von Kitagebühren)?

Herr Platz: 18 Stellen werden schrittweise reduziert.

Herr Dr. Trümper ergänzt, dass diese Mitarbeiter umgesetzt werden. Wir werden unsere Aufgaben künftig auch mit weniger Personal erfüllen. Der eingeschlagene Weg unterliegt einer permanenten Überprüfung.

Dezernat VI – Budget 6, Einzelplan 6

Herr Kaleschky gibt einen kurzen Überblick über das Budget 6. Diverse Mindereinnahmen sind durch die entsprechenden Minderausgaben gedeckt. Im Vermögenshaushalt kommt es wegen fehlender Fördermittel zu erheblichen Mindereinnahmen. Im Haushaltsjahr 2005 entspricht das Budget den Vorgaben des OB. Im Vermögenshaushalt sollte man bei der Ausstattung mit PC – Technik aufpassen, dass es nicht zu großen Abweichungen gegenüber anderen Partnern kommt, da sonst die Kompatibilität in Frage gestellt wird. Er verweist auf die Haushaltsausgabereste 2003/2004, die gegenüber dem Vorjahr gesunken sind.

Herr Westphal: Wieso kommt es im Bauverwaltungsamt zu einer enormen Erhöhung bei der Beamtenvergütung und warum hat das Stadtplanungsamt einen Aufwuchs von 571.000,- EUR für die Herausgabe von Informationsmaterial?

Frau Klein: Dem Bauverwaltungsamt wurden 5 Beamtenstellen zur Verfügung gestellt für die Bearbeitung der Straßenausbaubeiträge.

Herr Dr. Peters: Es gibt keine Steigerungen, diese Zahl ergibt sich aus der Zusammenlegung mehrerer Haushaltsstellen.

Herr Stern: In der Prioritätenliste ist bei der BBS VIII eine Ausgabenerhöhung sichtbar.

Herr Jahnelt: Nein, das ist nicht der Fall, hier erfolgt lediglich eine Verschiebung der Kosten in den Jahresscheiben.

Das trifft auch auf das Kulturhistorische Museum zu, ergänzt **Herr Zimmermann**.

Herr Schindehütte macht auf redaktionelle Änderung zum Knoten A. – Vater - Straße aufmerksam.

Herr Westphal: Das Entwicklungsgebiet (Zone IV) bereitet Sorgen, wie soll hier weiter verfahren werden? Es muss die Einstellung des Defizits in den Haushalt erfolgen.

Herr Dr. Trümper: Die Maßnahme wurde vor 2 Jahren extra verlängert, um den Haushalt noch nicht zu belasten. Je mehr vermarktet wird, desto geringer wird das Defizit.

Herr Bromberg: Die Kosten sind so zu steuern, dass weiterer Zuwachs ausgeschlossen ist. Einen entsprechenden Antrag wird er im FG/LA einbringen.

Herr Dr. Scheidemann erläutert, dass gemäß BauGB Städtebaufördermittel ausgereicht werden, so lange die Entwicklungsmaßnahme besteht. Das muss aber nicht heißen, dass der Entwicklungsträger so lange weiterbeauftragt wird.

Herr Zimmermann antwortet auf die Frage von **Herrn Westphal**, dass mit der Einführung der Doppik die Darstellung des Grundvermögens erfolgen muss.

Es entstehen zu den Änderungsanträgen 0550/04 (Prüfung wo Ampelanlagen durch Kreisverkehre ersetzt werden können), 0554/04 (Verlängerung der Strombrücke oder 3. Elbquerung) Diskussionen. Die Abstimmung erfolgt im Anschluss an die Beratungen.

Der Antrag 0547/04 „Aufteilung der Planung in rentierliche und nicht rentierliche Maßnahmen“ wird von der CDU zurückgezogen.

Dezernat II – Budget 2, Einzelpläne 0, 3, 5, 7, 8, 9

Herr Czogalla erläutert die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben. Das Budget für 2005 wird eingehalten. Das Haushaltskonsolidierungsprogramm wird ebenfalls eingehalten. Des Weiteren ist das Bemühen der Gesellschaften zur Entlastung des Haushaltes erkennbar.

Auf Nachfrage von **Herrn Stern** erläutert **Herr Czogalla** die Thematik Rennwiesen.

Herr Stern: 2005 soll die Kreditaufnahme auch durch Verkauf von Grundvermögen reduziert werden. Was steht dahinter?

Herr Dr. Trümper: Die Verhandlungen laufen, vor Abschluss endgültiger Lösungen erfolgt keine Aussage! Der OB erläutert nochmals den Hintergrund des Beschlusses zur HKK – Maßnahme 30.

Nach Beendigung der Beratung der Einzelpläne werden die Änderungsanträge diskutiert und abgestimmt.

ÄA0555/04 – „Wiedereinstellung der Mittel für den Flughafenausbau in den Haushalt“

Herr Dr. Trümper: Der Ausbau ist nur möglich, wenn Landesmittel oder private Zuschüsse zu erwarten sind. Da beides nicht kommt und ohnehin der Ausbau von Cochstedt favorisiert wird ist der Antrag hinfällig.

Abstimmungsergebnis: 2 – 6 – 1 (abgelehnt)

ÄA0639/04/03 – „Betriebskostenfreigabe für Flughafen GmbH nur bis Mai 2005“

Herr Dr. Trümper: Die Konsequenz des Antrages wäre, dass allen Mitarbeiter gekündigt werden müsste. Ein neues Konzept wird 2005 vorgelegt

Abstimmungsergebnis: 3 – 5 – 1 (abgelehnt)

ÄA0639/04/7 – „Übersicht über alle städtischen Grundstücke“

Der vorliegende Antrag hat keine Haushaltsrelevanz. Eine Information kann vorgelegt werden (nicht öffentlich).

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 2 (angenommen)

ÄA0563/04 – „Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der KID“

Der Antrag wird vom Einbringer zurückgestellt und überarbeitet.

ÄA0562/04 – „Auftrag an die GV - Privatisierung der Weißen Flotte“

Der Antrag wird vom Einbringer zurückgestellt und überarbeitet.

ÄA0560/04 – „Zusammenlegung aller Marketingaktivitäten in einer Gesellschaft“

Die Bündelung aller Aktivitäten in einer Hand ist das Ziel des Antrages, erläutert **Herr Stern**. Es soll ein Antrag an die Verwaltung sein.

Abstimmungsergebnis: 2 – 6 – 1 (abgelehnt)

ÄA0558/04 – „Darstellung von Leistungsreduzierungen – keine pauschalen Kürzungen bei EB und Gesell.“

Herr Dr. Trümper: Die Kürzungen für das Jahr 2005 sind erfolgt und werden nun umgesetzt. Der Antrag sagt aus, dass weitere Kürzungen vorzunehmen sind. Dann muss der Stadtrat entsprechende Vorschläge machen.

Abstimmungsergebnis: 2 – 5 – 2 (abgelehnt)

ÄA0557/04 – „Privatisierung KGM – Vorlage eines Konzeptes“

Herr Dr. Trümper drückt sein Unverständnis über diesen Antrag aus, da bekannt ist, dass die Bildung als Eigenbetrieb zum 01.01.2006 geplant ist.

Abstimmungsergebnis: 2 – 6 – 1 (abgelehnt)

ÄA0556/04 – „Weitere Privatisierung von Vergaben im Eigenbetrieb SFM“

Es ist hier die weitere Privatisierung von Vergaben durch den Eigenbetrieb SFM gemeint. Im I. Quartal 2005 werden Zahlen vorliegen über das Jahr 2004. Danach ist zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: 4 – 3 – 2 (angenommen)

ÄA0639/04/5 – „Aufstellung aller geleisteten freiwilligen Aufgaben durch die LHM“

Abstimmungsergebnis: 2 – 7 – 0 (abgelehnt)

ÄA0639/04/6 – „Konzept zur Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit“

Es sind hier vorrangig Planungsgemeinschaften gemeint.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 2 (angenommen)

ÄA0548/04 – „Grundsatzbeschluss für Maßnahmen innerhalb städtebaul. Förderprogramme“

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 1 (angenommen)

ÄA0546/04 – „Kostendarstellung für geschlossene Schulgebäude durch fehlende Nachnutzung“

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 1

ÄA0639/04/2 – „Hochwasserschutzmaßnahmen im ostelbischen Raum“

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0 (Prüfauftrag angenommen)

ÄA0549/04 – „Mittel für Bauvorhaben werden nur durch das fachlich zuständige Amt umgesetzt“

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0 (angenommen)

ÄA0550/04 – „Prüfung wo Ampelanlagen durch Kreisverkehre ersetzt werden können...“

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0 (angenommen)

ÄA0554/04 – „Vergleichsstudie Verlängerung Strombrücke oder dritte Elbquerung“

Abstimmungsergebnis: 3 – 6 – 0 (abgelehnt)

ÄA0639/04/9 – „Einbindung weiterer Ehrenamtlicher in den Stadtordnungsdienst“

Da in den Beratungen von Herrn Platz bestätigt wurde, dass weitere Einsätze geplant sind, wird der Antrag vorerst zurückgezogen und gegebenenfalls später eingebracht.

0553/04 – „Aufwertung der Mittel für Sanierung von Kindertageseinrichtungen“

Herr Westphal: Die Umsetzung des Antrages ist nur möglich, wenn es Vorschläge gibt, was dafür aus dem Haushalt gestrichen wird.

Herr Stern sieht diesen und den folgenden Antrag als eine politische Willensäußerung.

Herr Brüning wünscht eine entsprechende Konkretisierung der Objekte.

Herr Dr. Trümper: Die Umsetzung kann nicht erfolgen, weil keine Planung (HU – Bau) vorliegt.

Abstimmungsergebnis: 2 – 6 – 1 (abgelehnt)

0552/04 – „Aufwertung der Mittel für Schulsanierung“

Abstimmungsergebnis: 2 – 6 – 1 (abgelehnt)

ÄA0544/04 – „Aufstockung der Mittel für das Puppentheater“

Das Signal zu geben, die Stadt kann ausbleibende Landesmittel kompensieren, würde einen falschen Eindruck erwecken. Die Mittel sollen innerhalb des Budgets 4 ausgeglichen werden, äußert **Herr Dr. Trümper**.

Abstimmungsergebnis: 3 – 5 – 1 (abgelehnt)

ÄA0545/04 – „Sicherung des photographischen Gedächtnisses der LHM“

Herr Brüning: Die Sicherung des Erbes der Stadt ist unbedingt notwendig.

Herr Dr. Trümper legt fest, dass die Bereitstellung der finanziellen Mittel aus dem Budget 4 erfolgen wird.

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0 (angenommen)

ÄA0639/04/1 – „Änderung Stellenplanentwurf“

Abstimmungsergebnis: 5 – 0 – 4 (angenommen)

ÄA0551/04 – „Wiedereinstellung von Planungsmitteln für Therapiehalle SOS Kükelhaus in den Haushalt“

Die Planungsmittel befinden sich im Haushalt und werden als HAR in das 2005 übertragen. Das Kükelhaus ist in das PPP –Programm eingeordnet. Sollte die Entscheidung fallen, dass die Absicherung nicht über PPP erfolgt, wird das Vorhaben wieder in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 4 – 4 – 1 (abgelehnt)

ÄA0639/04/4 – „Eingliederung der Stabsstelle Arbeitsmarktpolitik in das Amt 50“

Abstimmungsergebnis: 5 – 1 – 3 (angenommen)

ÄA0768/04/1 – „Decklung der Ausgabemittel für Magdeburg 12hundert auf 2.020.700,- EUR

Abstimmungsergebnis: 9 – 0 – 0 (angenommen)

ÄA0167/04 – „Angemessene Bezuschussung des FT VAMV e.V. Magdeburg“

Der Antrag wird zur Beschlussfassung an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 1

Der eingangs der Beratung gestellte Antrag von **Herrn Stern**, die erste Lesung zum Haushalt 2005 im Dezember 2004 und die Abstimmung im Januar 2005 vorzunehmen wird mit einem

Abstimmungsergebnis: 2 – 6 – 1 abgelehnt.

Nach der Beratung und Abstimmung zu den Anträgen erfolgt die Abstimmung über die Drucksache Haushaltsplan 2005 und Haushaltskonsolidierung.

DS0639/04 – Haushaltsplan 2005

Vorbehaltlich der Stadtratsbeschlüsse zu den Drucksachen:

- DS0748/04 „Magdeburg 12hundert“
- DS0749/04 „Sachsen – Anhalt – Tag
- DS0757/04 „Entgeldordnung Bäder“
- DS0774/04 „Zweitwohnungssteuer“, den ausgereichten Ergänzungen/Änderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie den o.g. Anträgen und Änderungsanträgen erfolgt die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 3 – 0 – 6 (angenommen)

DS0768/04 – Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes

**Abstimmungsergebnis unter Beachtung aller o.g. Änderungen/Ergänzungen und Anträge:
5 – 0 – 4 (angenommen)**

Anlage

Die Zusammenfassung der Änderungsanträge und Änderungen zum Haushalt 2005 wird den Stadträten zur Haushaltsberatung am 06.12.2004 ausgereicht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg
Vorsitzende/r

Petra Jahnel/Birgit Lakenmacher
Schriftführerinnen